

Energie-Control Austria
Herrn Mag. Norbert Fürst
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

ergeht per mail an: tarife@e-control.at

Wien, am 26. November 2021

Stellungnahme der Industriellenvereinigung zur Systemnutzungsentgelte – Verordnung 2018 – Novelle 2022 (SNE-V 2018 – Novelle 2021)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Industriellenvereinigung (IV) dankt der Energie-Control Austria für die Übermittlung des oben zitierten Entwurfes zur Systemnutzungsentgelte-Verordnung und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die Entwicklung der Netznutzungs- und Netzverlustentgelte auf der industrierelevanten Netzebene 3 zeigt in sämtlichen Bundesländern einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Österreichweit steigen die Netznutzungs- und Netzverlustentgelte der **Netzebene 3 um 9,7%, somit leicht überdurchschnittlich verglichen mit einem Anstieg auf allen Netzebenen im Österreichschnitt im Ausmaß von 9,1 Prozent**. Besonders betroffen sind auf NE 3 die Bundesländer Niederösterreich (+13,6%), Wien (+13,3%), Burgenland (+11,8%), Steiermark (+11,4%) sowie Vorarlberg (+9,6%) & Kärnten auf bereits hohem Niveau (+8,2%).

Begründet wird die neuerliche Erhöhung gemäß Erläuterungen durch einen starken Anstieg der Investitionen des Netzbetreibers, insbesondere zur **Erneuerung des bestehenden Leitungsnetzes und für neue Messsysteme**, sowie durch die **Corona-bedingten fehlenden Erlöse des Jahres 2020**, die auf die Entgeltfestlegung für 2022 durchschlagen. Unklar erscheint in diesem Zusammenhang auf welche Art und Weise diese fehlenden Erlöse nun über die Netzebenen sozialisiert werden, zumal die Erhöhungen auf der NE 3 für Unternehmen besonders ausgeprägt sind.

Die IV begrüßt Investitionen in Leitungsausbau bzw. Erneuerung, sowie in die Digitalisierung der Netze. Nur mit einem **leistungsstarken, bedarfsgerechten Netzausbau wird die Energiewende unter Wahrung der Versorgungssicherheit gelingen**. Intelligente Messsysteme werden wiederum notwendig sein, um neue Akteure in den Strommarkt zu integrieren.

Generell sind in den kommenden Jahren massiv steigende Systemkosten durch die verstärkte Integration volatiler erneuerbarer Energien – insbesondere durch das ambitionierte Ziel 100% Strom aus Erneuerbaren Energien bis 2030 gemäß Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) - zu erwarten.

Denn das bestehende Stromnetzsystem ist gegenwärtig nicht in der Lage die Anforderungen für den Zubau erneuerbarer Energien um rund 27 TWh bis 2030 – über 2/3 davon volatile Wind- und Solarkraftanlagen - erfolgreich abzubilden. Dementsprechend fallen zusätzliche Kosten etwa für Netzausbau, Ausgleichsenergie, Redispatch und Netzreserve an. **Unabdingbar und dringend**

erforderlich ist deshalb eine **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (Stichwort UVP-G Novelle)**, insbes. für notwendige Netzprojekte und Speicher. **Jede Verfahrensverzögerung zentraler Netzprojekte - siehe Salzburgleitung - belastet letztlich die Stromkunden** durch steigende Kosten.

Die IV regt eine **Berechnung/Analyse seitens des Regulators an, wie sich das im EAG normierte 2030-Ziel in den kommenden Jahren auf die Systemkosten auswirken wird**. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu erhalten, müssen insbesondere die Kosten für Redispatch möglichst gering gehalten werden unter gleichzeitiger Wahrung der Versorgungssicherheit.

Dies gilt gerade jetzt, denn die Industrie – besonders betroffen die energieintensive Industrie - erlebt aktuell einen **beispiellosen Preisschock für Gas und Strom**. In einem noch nie dagewesenen Ausmaß gestiegene Preise für Strom und Gas bedeuten für die Unternehmen enorme, **teils existenzielle, zusätzliche Kostenbelastungen**: Im Vergleich zum Jahresbeginn 2021 haben sich die Gaspreise bisher vervierfacht, die Strompreise etwa verdoppelt. Die **Zertifikats-Preise** für Unternehmen, die dem Emissionshandel unterliegen, haben sich in den vergangenen drei Jahren rund verachtfacht und befinden sich derzeit auf einem **Allzeithoch** (was wiederum auf die Gas- und Strompreise zusätzlich durchschlägt). Energieintensive Unternehmen, die den Preisspitzen am stärksten ausgesetzt sind, mussten bereits mit der Einschränkung oder vorübergehenden Schließung von Anlagen reagieren. Anzeichen der Entspannung dieser kritischen Situation sind kaum in Sicht.

Hinzu kommen direkte **Wettbewerbsnachteile gegenüber unserem Nachbarn Deutschland**, weil die Schere der **Preis Spreads** seit Oktober massiv auseinander geht.

Für die Industrie ist eine **gesicherte Stromversorgung zu kompetitiven Kosten absolut standortentscheidend**; dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der angestrebten Dekarbonisierung bzw. Transformation zur Klimaneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts. Wesentlich ist daher u.a. (neben Hilfen im Rahmen der Toolbox der Europäischen Kommission) etwa die Umsetzung der im Regierungsprogramm verankerten **Strompreiskompensation**, sowie eine verstärkte Einbindung der Industrie in die Netzstabilisierung durch finanzielle Anreize (Engpassmanagement, Regelenenergiemarkt, Einbindung in die Netzreserve etc.).

Abschließend dürfen wir noch auf die Anforderungen aufgrund der Bestimmungen der Strombinnenmarkt-VO 2019/943 in Bezug auf die **„70% Verpflichtung“** hinweisen. Diese **darf nicht zu weiteren Belastungen der Netzkunden** führen. Es wird angeregt eine Lösung auf europäischer Ebene für Transitländer wie Österreich zu finden und die Umsetzung ggf. zu verschieben.

Die Industriellenvereinigung dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme und ersucht um Berücksichtigung der genannten Anliegen.

Mit besten Grüßen

DI Dieter Drexel eh
stv. Bereichsleiter

Mag. Judith Obermayr-Schreiber E.M.B.L.-HSG eh
Geschäftsführerin Ausschuss Ressourcen, Energie, Ökologie